
FORUM: Solidarität in einer entsolidarisierten Gesellschaft

Oskar Negt:
Solidarität - das bedeutet heute:
neue Gewerkschaftsstrukturen

Prof. Dr. Oskar Negt, geb. 1934 in Königsberg/Ostpreußen, lehrt Sozialwissenschaften an der Universität Hannover.

Die geschichtliche Substanz von Gewerkschaften beruht darin, die Weltgeschichte aus dem Blickwinkel der Zukurzgekommenen, der Unterdrückten, der Ausgliederten zu betrachten, nicht um dabei stehen zu bleiben, sondern um im gegebenen System Veränderungen vorzuschlagen und durchzusetzen, die diesem Elend ein Ende machen. Es ist unwahrscheinlich, daß es sich hierbei nur um eine Frage sinnvoller Verteilung handelt; es geht um die Struktur dieses Gesellschaftssystems, das einer kulturellen Erosionskrise unterliegt, in die ökonomische Faktoren vielfältiger Art hineinwirken, die aber nicht alleine von ihnen bestimmt werden. Wir haben es damit zu tun, daß

hier die Subjektseite der Menschen entscheidend mitbetroffen ist; die Erwartungen der Menschen an gewerkschaftliche Großorganisationen haben sich verändert. Sie sind illusionsloser geworden, klagen aber doch vieles ein, was sich in ihren Köpfen und in ihrer Seele abspielt, und wofür sie keine kollektiven Ausdrucksmöglichkeiten haben.

Die von mir im folgenden erörterten drei Erweiterungen: des Interessenmandats, des politischen und des kulturellen Mandats könnten dazu beitragen, dem Solidaritätsgedanken seine für Gewerkschaftsmodelle zentrale Bedeutung neu zu sichern und Tendenzen der Ausgrenzungen wirksam zu bekämpfen. An den drei Punkten werde ich in knappen Worten skizzieren, was ich unter Solidarität in Organisationszusammenhängen verstehe. Ich benutze dafür das Wort Mandat, weil in ihm ein Auftragsverhältnis ausgedrückt ist. Ein Mandat ist jedoch nicht immer aus der begrenzten Legitimation eines Wählervotums zu begreifen, Mandate können auch im Interesse von Menschen wahrgenommen werden, die keine eigene Sprache haben oder keine Medien, in denen sie ihren definierten Interessen und berechtigten Bedürfnissen Ausdruck geben können.

I.

Das *erste Mandat* der Gewerkschaften möchte ich als das der *Interessenvertretung* bezeichnen; für die, die kollektiver Hilfe bedürfen, weil sie als verzelte Individuen, wie immer ihr Lebensstandard aussehen mag, in dieser Gesellschaft nicht zu ihrem Recht kommen können. Werden diese Interessen nicht mehr erfaßt, gehen den Gewerkschaften die Menschen verloren. Hierbei mag es sich um völlig verdrehte privatistische Interessen handeln, um Interessen, die in der Hierarchie der kulturellen Werte sehr weit unten angesiedelt sind; aber der Blick auf die Veränderung der Interessen, die mögliche Erweiterung des Interessenbegriffs und der Bedürfnisse, die sich auf Gewerkschaften beziehen, hat existentielle Bedeutung. Wo dieser Interessenfaden zerschnitten ist oder abreißt, melden sich die Menschen offiziell durch Austritte ab, aber die inoffizielle Abmeldung durch innere Distanz ist ganz gewiß genauso bedrohlich. Es zeigt sich, daß heute ohne eine Erweiterung des Interessenbegriffs über die betriebliche Arbeitsplatzsituation hinaus die Menschen in ihren Lebenszusammenhängen nicht mehr erfaßbar sind. Über lange geschichtliche Strecken wird man zwar noch mit einem Solidaritätsüberhang rechnen können, der in Konfliktsituationen Menschen mobilisiert, die gefühlsmäßig an der Arbeiterbewegung und ihren Organisationsformen hängen, darauf kann man notfalls auch zurückgreifen, aber die Substanz dieser kulturellen Solidarität zehrt sich, je weniger eindeutige Interessen darin eingehen, immer stärker auf.

Mein Plädoyer für eine Erweiterung des Interessenbegriffs betrifft die veränderte Gegenwartssituation der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sind immer den Arbeitnehmern und den Menschen dahin gefolgt, wo sie sich in ihrem Alltag überwiegend aufhalten. Mitte des neunzehnten Jahrhunderts

folgten sie ihnen in die Betriebe, nachdem die bloßen öffentlichen Massendemonstrationen, wie die der Chartisten, keine Erfolge mehr für die Veränderung der Lebensbedingungen der Menschen brachten. Heute erweist sich der verengte Interessenbegriff, der sich auf die betriebliche Realität und die Arbeitsplatzsituation bezieht, als nicht mehr haltbar; denn wenn die Gewerkschaften zusätzliche Arbeitszeitverkürzungspolitik betreiben, wird die Anwesenheitszeit der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben zwangsläufig und zunehmend eingeschränkt.

Der Betrieb als das entscheidende Organisationsstandbein der Gewerkschaften hat seine Bedeutung nicht verloren; aber seine Grenzen für die Organisationsfähigkeit von Interessen werden immer deutlicher. Die Erweiterung des Interessenbegriffs auf die außerbetriebliche Realität ist für mich eine unabdingbare Notwendigkeit der künftigen Gewerkschaftsentwicklung. Mit Erweiterung meine ich nicht Verflachung, Aufweichung des Gewerkschaftsgedankens, sondern seine realistische Fundierung, seine Verankerung in den Verhältnissen der modernen Zeit. Wird diese Perspektive in der gewerkschaftlichen Grundsatzdebatte nicht in den Blick genommen, dann wird sich erweisen, daß die herkömmlichen Interessen immer dünner und substanzloser werden, so daß sie am Ende die Organisationsstrukturen nicht mehr halten. Bereits heute gibt es eine Tendenz, daß ein wachsender Teil der Interessen und Erwartungen, die mit Gewerkschaften verknüpft sind, außerbetrieblichen Ursprungs sind. Es sind die außerbetrieblichen Lebenszusammenhänge, die Anforderungen an das Erziehungssystem, an soziale Solidarität, an Lösungsvorschläge für ökologische Probleme und schließlich die der Bürger- und der Menschenrechte. Gerade jüngere Gewerkschaftskollegen verweisen auf Sozialisationsprozesse, die vor und außerhalb der betrieblichen Realität liegen. Sie engagieren sich bei „Greenpeace“, bei den Grünen, in Jugendzentren und etlichen anderen Zusammenhängen, bevor sie aktiv in das Arbeitsleben eintreten und hier gewerkschaftliche Organisationsinteressen wahrnehmen.

Ich möchte noch einmal mit Nachdruck betonen, daß für mich die auf den Arbeitsplatz bezogenen Interessen nach wie vor zentral für gewerkschaftliche Gegenmacht sind, weil in dieser Leistungsgesellschaft nur die Verweigerung der Arbeitskraft die Kapital- und Geldbesitzer davon zu überzeugen vermag, daß dafür etwas ausgetauscht werden muß. In einer Gesellschaft, in der Massenarbeitslosigkeit zum Alltag vieler Menschen gehört, mit Leistungsverweigerung in Bereichen zu drohen, die ohnehin auf dem Absterbeetat dieser räuberischen Ökonomie stehen, hat aber auch etwas von Absurdität an sich. Die zukünftigen Gewerkschaften werden deshalb stärker damit konfrontiert sein, daß ihre traditionelle Blickrichtung erweitert werden muß auf die *außerbetrieblichen* Zusammenhänge der Menschen, auf die Erziehungsinteressen der Familien, auf die Art und Weise, wie sie in einer Stadt leben, wie sie wohnen, wie sie den Generationenvertrag verstehen und was überhaupt Lebenssinn ist.

II.

Das zweite möchte ich als *politisches Mandat* bezeichnen. Das politische Mandat der Gewerkschaften, so wie ich es in Zukunft sehe, besteht darin, daß die oberste Leitnorm das Wohl und Wehe des Gemeinwesens ist und nicht bloß die betriebliche Einzelrealität. Ich sage nicht, daß die betriebliche Realität, die den Arbeitnehmern ja viel näher steht als alles andere, demgegenüber unwesentlich wäre; ich bin jedoch der Auffassung, daß in unserer Zeit Gewerkschaften auch die Aufgabe haben, Leerstellen der kollektiven Lebenszusammenhänge, die als Massenbedürfnisse immer da sind, zu besetzen. Alternative Gedanken dazu zu entwickeln, wie das Gemeinwesen aussieht und gestaltet werden sollte, bedeutet die Füllung solcher Leerstellen, und ich kann mir gegenwärtig keine Massenorganisation vorstellen, die das besser und legitimierter tun könnte als die Gewerkschaften.

Der große moralische Skandal der Gegenwart der fortgeschrittenen Gesellschaftsordnungen besteht darin, daß das Gemeinwesen geplündert, ausgetrocknet und privat ausgedörrt wird. Es kann doch nicht sein, daß das Zugrundegehen der Neuen Heimat oder von Coop, also ursprünglich genossenschaftlicher und gemeinwesenorientierter Unternehmen der Gewerkschaften, durch korrupte Manager, die nichts Eiligeres zu tun hatten, als den Ursprungsgedanken der Solidarität der Profitlogik zu opfern, die Idee von Genossenschaft und Gemeinwirtschaft auf Ewigkeit ruiniert haben sollte! Diese Unternehmen sind ja nicht in Konkurs gegangen, weil sie Alternativen zum bestehenden Kapitalismus darstellten, sondern im Gegenteil: weil sie, im Habitus ihres gewerkschaftlich orientierten Herrschaftspersonals ebenso wie in den Strukturen, nichts anderes mehr sein wollten als erfolgreiche Kapitalunternehmungen. Wer einmal in einer Wohnung der Neuen Heimat gelebt hat (wie ich es persönlich aus bitteren Erfahrungen kenne), wird wissen, daß hier nicht die geringsten Grundregeln gewerkschaftlicher Solidarität mehr praktiziert wurden. Viel mehr ist Schindluder mit diesem Solidaritätsbegriff betrieben worden. Also ist der Tatbestand, daß diese gewerkschaftsbezogenen Unternehmungen den Ehrennahmen von Genossenschaft und Gemeinwirtschaft mißbrauchten, Grund dafür, daß sie in bloßer Konkurrenz mit kapitalistischen Unternehmungen zugrunde gegangen sind.

III.

Ich möchte ein drittes Mandat nennen, das *kulturelle Mandat*. Ich will das gar nicht aus der Tradition der Gewerkschaften begründen, das wäre auch möglich, denn von der Geschichte der Gewerkschaften und ihrem Selbstbildungsprozeß sind die kulturellen Dimensionen, die das für die Gesamtgesellschaft hat, gar nicht abzulösen. Aber selbst wenn diese Traditionszusammenhänge nicht mehr durchzuhalten sind, wenn die gewerkschaftlichen Milieus sich verändert haben, wofür es viele Anzeichen gibt, dann ist für gewerkschaftliches Handeln die Einbeziehung der Interessenkämpfe in kulturelle Beziehungen und Deutungen unabdingbar. Selbst wenn in einzelnen

Gewerkschaftsvorständen die Idee Platz greifen sollte, die Organisation so schlank zu machen, daß sie kampfkraftig wird ohne Umwege und ohne Verschleiß, wird es sich doch als trügerisch erweisen, mit den Unternehmerverbänden konkurrieren zu wollen. Da gewerkschaftliches Handeln stets gebunden ist an kollektive Solidarität, welche Ausdrucksformen diese auch haben mag, ist eine Einbindung der Interessen in kulturelle Zusammenhänge existenznotwendig. Gewerkschaften bedürfen für ihre Form der Effektivität einer eigenen Sprache der Symbole, des kollektiven Gedächtnisses - Dinge, die durch überlieferte Traditionsbestände der Arbeiterbewegung nicht mehr selbstverständlich sind. Nie hat gewerkschaftliches Handeln es nur mit nackten Interessen zu tun gehabt; ist allerdings dieser Legitimationsvorrat an kulturellen Deutungen, auf den Gewerkschaften bisher immer noch notfalls zurückgreifen konnten, durchlöchert, nicht zuletzt durch Symbolbildungen der Gegenseite über eine mächtige Medienwirklichkeit definiert, dann wird es für mich zu einer Existenzfrage gewerkschaftlichen Handelns, ob sie das kulturelle Mandat wahrnimmt oder als überflüssiges Beiwerk betrachtet.

Nackte Interessen sind schutzlos, wenn sie nicht die Interessen der Herrschenden sind. So nimmt für die Gewerkschaften gegenwärtig die Frage, wie sie es mit den Intellektuellen halten, den symbolischen Sinnvermittlern und Sinnproduzenten, wenn man es so ausdrücken will, wachsende Bedeutung an. Die Produktionsstätten der Medien, der Rundfunkanstalten, des Fernsehens, die großen Einfluß auf das Selbstverständnis von Kindern und Jugendlichen haben, sind von den Gewerkschaften praktisch ungenutzt geblieben. Warum bemühen sich die Gewerkschaften beispielsweise nicht um feste Sendezeiten in den Medien, was bei Vergabe von Lizenzen ja immer möglich wäre? Immer weniger Jugendliche, die in der Berufsausbildung stehen oder als Lohnabhängige arbeiten, sind gesicherte Ansprechpartner für die Gewerkschaften, häufig sind sie nur noch erreichbar über Jugendkulturen, über Kommunikationszusammenhänge, die außerhalb der betrieblichen Realität liegen.

Was allerdings von fundamentaler Bedeutung für die Menschen ist, besteht darin, daß sie in diesem fragmentierten Durcheinander der Gesellschaft die Vorstellung eines Ganzen angeboten bekommen wollen. Selbst ein nicht ganz schlüssiges und zutreffendes Ganzes ist besser als die zerfaserte Wirklichkeit, wie sie die Welt der Medien anbietet und wie sie jeder in seinem Alltag ohnehin erfährt. Herstellung von Zusammenhang ist eine Aufforderung, die an politische Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft zu stellen ist. Die zweite besteht allerdings darin, daß die Menschen an Dingen, die sie für wichtig halten, beteiligt werden wollen. Die Gewerkschaften müssen zu *Beteiligungsgewerkschaften* werden, in allen Untersuchungen zeigt sich, daß die Undurchsichtigkeit von Entscheidungen, das geringe Maß von manchen Gewerkschaftsfunktionären, Mitgliedermeinungen, auch Kritik, in den Entscheidungsprozeß aufnehmen, allmählich zu einer Apathisierung führt.

Schließlich ist es der offensive Geist, der wieder stärker Gewerkschaftsdebatten bestimmen sollte; es ist keineswegs so, daß die Gewerkschaften,

gemessen an den Leistungen, die dieses Gesellschaftssystem anzubieten hat, Minderwertigkeitskomplexe haben müßten. Im Gegenteil: auf lange Sicht werden Gemeinwesenvorstellungen, Genossenschaften, Ideen der Gemeinwirtschaft wieder an Boden gewinnen, weil die privatkapitalistische Plünderung der Sozialzusammenhänge und des Gemeinwesens insgesamt eine derartige Selbstzerrissenheit der Gesellschaft produziert, daß die Menschen unmöglich in den Glauben verfallen könnten, der Kapitalismus dieser Struktur könnte das Ende der Geschichte sein.